

**Hartmut Elsenhans**

## **Individualistische Strategien der Haushalte zur Zukunftssicherung: Grundlage für den Niedergang des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus**

### **1. Wachsendes Sparen der privaten Haushalte**

Die private Ersparnis der Haushalte ist zu einem wichtigen makroökonomischen Faktor geworden. Haushalte mit wenigstens einem Erwerbstätigen sparen in der Bundesrepublik inzwischen je nach Einkommenshöhe und Jahr zwischen einem Sechstel und einem Achtel ihrer monatlichen Einnahmen.

Das akkumulierte Nettogeldvermögen der privaten Haushalte beträgt 149 Prozent der jährlichen Haushaltseinkommen (1997) und 75 Prozent des akkumulierten Nettoanlagevermögens des kapitalistischen Sektors (ohne Wohnungsvermietung). Die akkumulierte Nettoersparnis der privaten Haushalte liegt bei 121 Prozent des jährlichen Volkseinkommens und 92 Prozent des jährlichen Bruttosozialprodukts.

In einer kapitalistischen Wirtschaft ist der Umfang des verfügbaren Anlagevermögens gerade wegen der Effizienz bei der Nutzung von knappem Kapital nicht ausreichend, um den Ansprüchen reicher werdender Haushalte nach zukünftiger Sicherheit auf der Grundlage des Erwerbs von Anlagevermögen zu genügen.<sup>1</sup>

Kapitalismus ist keine Veranstaltung, deren Hauptkennzeichen die Akkumulation von Kapital ist. Würde man eine kapitalistische Wirtschaft in ihrem Wachstumsprozeß in einem System von Arbeitswerten darstellen, fände hier im Regelfall überhaupt keine Akkumulation von Kapital statt. Bei konstantem Kapitalkoeffizienten, eher die Regel für kapitalistische Wachstumsprozesse, steigt der Kapitalstock im Verhältnis zum Volkseinkommen nicht, so daß bei konstanter Beschäftigung der Kapitalstock, gemessen in Arbeitswerten, nicht „wächst“.

Deshalb gibt es im Kapitalismus wenig Möglichkeiten, „Werte“ aufzubewahren. Ein Anstieg der Sparneigung der privaten Haushalte verweist auf eine Geldillusion. Aufgrund dieser Illusion verhalten sich allerdings die Haushalte auf eine Weise, in deren Folge sie sich selbst entmachten, weil sie wesentliche, die Kapitaleseite disziplinierende Mechanismen von

---

1 N. H. Buchanan/H. D. Wilmeth, *Unified Economic Theory: Conceptual Foundations and Policy Implications*. Fifth Post Keynesian Workshop: Full Employment and Price Stability in a Global Economy (Knoxville: Tagungsbeitrag, Juli 1998), S. 21.

Kapitalismus beseitigen. Dies nachzuweisen ist der Gegenstand dieses Beitrags.

Die Sparer suchen nach „Assets“, um Eigentum zur Zukunftssicherung zu erhalten, doch werden „Assets“ diesen Umfangs für kapitalistisches Wachstum gar nicht benötigt. Deshalb lassen sich „Assets“ in Höhe der Ersparnis der privaten Haushalte beschäftigungswirksam nur sehr schwer produzieren. Die Sparer zerstören damit die wesentliche Grundlage ihrer eigenen Verhandlungsmacht als Arbeitnehmer, nämlich ein Beschäftigungsniveau, bei dem Arbeit knapp wird.

Kapitalismus beruht auf Verhandlungsfähigkeit von Arbeit. Nur durch diese Verhandlungsfähigkeit von Arbeit kann die Verminderung finanzieller Überschüsse auf das Niveau der Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern erreicht werden. Gelingt die Begrenzung der Überschüsse nicht, entstehen Renten.

Selbst wenn die Unternehmen diese zusätzlichen finanziellen Ressourcen für eine Beschleunigung der Akkumulation von Produktivkapital nutzen und damit beschäftigungswirksam ausgaben, führte die Beschleunigung der Akkumulationsrate wegen beschränkten verfügbaren technischen Fortschritts zum Fall der Profitrate und damit zu Beschäftigungseinbrüchen, wobei – in Voraussicht einer solchen Entwicklung – die Unternehmer den Akkumulationsprozeß auch schon vorher abbrechen können. Der Nachweis dieses Zusammenhangs steht im Mittelpunkt des hier vorgestellten Modells.

Der notwendige Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Verhandlungsfähigkeit von Arbeit wird auch in der Schulökonomie deutlich angesprochen. Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Schulen der Wirtschaftswissenschaft besteht darin,

- daß – unabhängig von der Organisationsstärke von Arbeit – Arbeit allein deshalb verhandlungsfähig wird, weil sie bei Vollbeschäftigung knapp wird. Bei Knappheit von Arbeit steigen die Arbeitslöhne auf das Grenzprodukt von Arbeit.<sup>2</sup>
- daß die von der Gesamtheit aller Wirtschaftssubjekte realisierte Ersparnis güterwirtschaftlich nicht über der Höhe der Ausgaben für Nettoinvestitionen liegen kann. Die Höhe der Nettoprofite der Unternehmen ist bei ausgeglichener Leistungsbilanz, ausgeglichenem Staatssektor und einer Nettoersparnis der privaten Haushalte von Null durch die Höhe der

---

2 Lohnsteigerungen, die über den Produktivitätssteigerungen liegen, können nur um den Preis von Arbeitslosigkeit durchgesetzt werden. Daraus ergibt sich als Nebeneffekt, daß eine Umverteilung zu Lasten von Kapital über das Ausmaß von Renten hinaus im Kapitalismus unmöglich ist, weil der kapitalistische Profit funktional der Finanzierung von Investitionen dient.

Nettoinvestitionsausgaben, also Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen bestimmt.<sup>3</sup>

Dem Produktivitätsfortschritt angemessene Reallohnsteigerungen ergeben sich über den Markt nur bei Vollbeschäftigung. Dem Produktionspotential und dem möglichen Wachstumspfad entsprechende Nettoinvestitionen der Unternehmen, durch die heute Vollbeschäftigung antstände, ergeben sich nur bei entsprechenden Gewinnerwartungen der Unternehmen, d. h. aufgrund ihrer Einschätzung der zukünftigen Entwicklung von Rentabilität und Nachfrage.<sup>4</sup>

## 2. Sparen führt unterkonsumtiv zu „Überakkumulation“ mit zwangsläufig sinkender Profitrate

Zu beweisen ist, daß im Rahmen des üblichen makroökonomischen Standardmodells vermehrtes Sparen der privaten Haushalte selbst dann zu Investitionszurückhaltung der Unternehmen und Arbeitslosigkeit führen muß, wenn die Unternehmen zunächst in optimistischer Erwartung alle verfügbaren finanziellen Ressourcen für Investitionen nutzen.<sup>5</sup> Dabei gehen wir von einer geschlossenen Volkswirtschaft mit ausgeglichenem Staatssektor aus.

3 Zwischen der Aussage, daß die Löhne maximal um den Zuwachs der Produktivität steigen können, und der Aussage, daß die Profite durch die Nettoinvestitionsausgaben der Unternehmen bestimmt werden, besteht ein Zusammenhang. Auf den Arbeitsmärkten ist durch Lohnkontrakte keine Umverteilung des Produktionsvermögens zu erreichen, weil der kapitalistische Profit funktional der Finanzierung der Investitionen dient. Die Gesamtheit der Unternehmen kann auf dem Markt Profit über die Preise ihrer Produkte nur im Umfang der Ausgaben für Nettoinvestitionen erzielen.

4 Es ist bedenklich, wenn die SPD von der führenden Zeitung der Unternehmer vor der Erwartung gewarnt werden muß, sinkende oder stagnierende Reallöhne führten zu höheren Innovationen, vgl. H. Mundorf, Becks Rezepte sind zu einfach, in: Handelsblatt (16/17. Juli 1999), S. 2.

5 Es handelt sich dabei um einen Sonderfall des schon an anderer Stelle dargestellten Zusammenhangs, nach dem ohne Beschränkung der für Investitionen verfügbaren Überschüsse durch steigenden Konsum, also letztlich bei Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten und Vollbeschäftigung bei steigenden Masseneinkommen, die Profitrate im Unternehmenssektor fallen muß, sofern die Faktorproduktivität nicht parallel zum Kapitalstock, und unter diesen Modellvoraussetzungen explosiv steigt, vgl. H. Elsenhans, Überwindung von Marginalität als Gegenstand der Armutsbekämpfung, in: H. B. Schäfer (Hrsg.), Bevölkerungsdynamik und Grundbedürfnisse in Entwicklungsländern, Berlin 1995, S. 201-206; ders., Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-sustained Capitalism, in: Pakistan Development Review, 33, 4 (Dezember 1994), S. 401-405.

6 „Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1997“, in: Deutsche Bundesbank Monatsbericht 50, 5 (Mai 1997), S. 37, S. 41. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (Stuttgart: Metzler-Poeschel), verschiedene Ausgaben.

*Sparen, Investitionen und Geldvermögensbildung in Deutschland  
1991–1997 zu laufenden Preisen<sup>6</sup>*

(Mrd. DM, wenn nicht anders vermerkt)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Verfügbares Einkommen	1.892,2	2.038,0	2.101,2	2.173,4	2.252,7	2.333,3	2.371,5
Private Ersparnis	261,9	282,5	272,0	267,4	278,9	293,3	287,5
Geldvermögensbildung minus Konsumentenkredite	213,7	233,6	220,3	213,7	226,0	237,1	230,1
Gesamtes Geldvermögen privater Haushalte (netto)	2.304,4	2.455,8	2.719,9	2.815,7	3.048,0	3.234,2	3.522,3
Bruttoinvestitionen der Unternehmen	409,2	403,8	354,9	387,7	409,1	389,5	441,7
Geldvermögensbildung der Unternehmen	128,9	133,1	164,6	120,8	134,0	132,6	92,4
Nicht entnommene Gewinne der Unternehmen	31,9	14,5	26,3	25,2	61,0	45,4	34,3
Abschreibungen	253,9	276,6	294,1	301,6	310,0	314,7	320,9
Eigenfinanzierungsquote aus Abschreibungen (%)	62,0	68,5	63,7	77,8	75,8	80,1	72,7
Nettoanlageinvestitionen ohne Vermietung	3.613,9	3.884,1	4.031,7	4.172,4	4.288,9	4.350,4	n. v.

Als Stromgröße (Größe einer Periode, im Regelfall eines Jahrs) setzt sich das Volkseinkommen  $Y$  aus dem Wert der Investitionsgüter  $I$  und der Konsumgüter  $C$  zusammen, die während dieser Periode produziert wurden. In dieser Produktion wurden Löhne  $L$  und Unternehmensprofite  $P$  bezahlt, die für Sparen  $S$  und Konsum  $C$  verwendet wurden. Im folgenden wird davon ausgegangen, daß Unternehmensprofite grundsätzlich gespart werden, so daß die Ersparnis auf zwei Quellen, den Profiten  $P$  und den Ersparnissen der privaten Haushalte  $SH$  besteht.

Damit gilt:

$$(1) \quad Y = C + I = L + P = S + C = C + SH + P; I = SH + P$$

Zwischen der Entwicklung des Volkseinkommens und der Höhe des Kapitalstocks besteht ein Zusammenhang:

$$(2) \quad Y = b K$$

Die Kapitalproduktivität  $b$  (deren Kehrwert der Kapitalkoeffizient  $K/Y$  ist) bestimmt den Zusammenhang zwischen Wachstumsrate des Kapitalstocks und Wachstumsrate des Volkseinkommens. Das Volkseinkommen wächst dann mit:

$$(3) \quad 1 + y = (1 + k)(1 + b')$$

Im Fall einer sinkenden Kapitalproduktivität gilt  $b' < 0$ . Dann sinkt die Wachstumsrate des Volkseinkommens unter die Wachstumsrate des Kapitalstocks. Die für zusätzliche Produktionszuwächse zu verauslagenden Kapitalkosten steigen überproportional an. Damit die Unternehmen diese Investitionen tätigen können, muß zu Aufrechterhaltung einer konstanten Profitrate  $\pi = P/K$  die Profitquote, d. h. der Anteil der Nettoprofite am zukünftigen Einkommen, steigen.<sup>7</sup> Die Löhne steigen dann produktivitätsgerecht nicht entsprechend der Arbeitsproduktivität, nämlich bei konstantem Arbeitsangebot entsprechend der Wachstumsrate  $y$  des Volkseinkommens  $Y$ , sondern langsamer entsprechend dem langsameren Anstieg der Gesamtfaktorproduktivität.

Das Modell setzt flexible Preise voraus. Daß ex-post der Wert der Konsumgüter der Höhe der für Konsumgüter verwendeten Einkommen entspricht, ergibt sich selbst dann, wenn die Konsumenten durch Sparen weniger für Konsumgüter ausgeben wollen, als die Unternehmen bei ihren Produktionsplanungen erwarteten. Die Gesamtheit der Konsumgüter muß dann bei niedrigeren Preisen zum Betrag der von den Haushalten für Konsumgüter verwendeten Einkommen verkauft werden. Ebenso ist die Anpassung der Ersparnis an die Höhe der Investitionsausgaben Folge von Preisbewegungen. Entscheiden sich die Unternehmer für höhere Investitionsausgaben als die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, kommt es zu Preis-

<sup>7</sup> Vgl. E. Helmstädter, Der Kapitalkoeffizient. Eine kapitaltheoretische Untersuchung, Stuttgart 1969, S. 51.

steigerungen, bei im Verhältnis zur Ersparnis zu geringen Investitionen zu Preissenkungen, die vor allem die Profitmargen vermindern.

Das makroökonomische Modell, das hier verwendet wird, enthält keine Aussage über die Bestimmung der Nominallohne, ist aber kompatibel mit der Annahme, daß bei Vollbeschäftigung die Nominallohne entsprechend dem erwarteten Grenzprodukt von Arbeit steigen. Das Modell setzt nicht voraus, daß die Reallohne steigen. Implizit wird aber vermutet, daß die Reallohne steigen, weil sonst das Bortkiewicz-Kriterium<sup>8</sup> verletzt wäre.

Zentral für das Modell ist die Annahme, daß private Haushalte mit wachsenden Haushaltseinkommen ihre Ressourcen zunehmend auf die Befriedigung zukünftiger Bedürfnisse ausrichten. Der Grenznutzen heute befriedigter Bedürfnisse nimmt ab, so daß bei konstantem Grenznutzen zukünftiger Bedürfnisse deren relatives Gewicht für die Haushalte zunimmt.

Als Ursachen für Veränderungen der Präferenzen, die das Sparen der privaten Haushalte (*SH*) bestimmen, können genannt werden: das größere Gewicht der Furcht vor Arbeitslosigkeit während des Erwerbslebens; Besorgnisse über Unwägbarkeiten im Alter, die um so gewichtiger werden, als der Lebensabschnitt länger wird, während dessen der Unterhalt aus Altersversorgungsbezügen bestritten werden muß; eine insgesamt wachsende Verunsicherung über die Zukunft einschließlich von Sorgen über die Sicherheit der Altersversorgung. Über das Gewicht solcher Gründe werden hier keine Annahmen getroffen. Sie scheinen letztlich auch deshalb schwer zu bestimmen, weil den Haushalten ihre Motive selbst nicht völlig klar sein dürften. Im Modell wird die vermehrte Spartätigkeit als Folge steigender Löhne angesehen.

Sparen der privaten Haushalte (*SH*) ist damit definitionsgemäß eine Funktion der Reallohne:

$$(4) \quad SH = f_S L = 1; \quad 0 < f_S < 1; f'_S < 1$$

Für das Modell ist die Frage, inwieweit die Unternehmen bereit sind, in wachsendem Maße Investitionen wegen der Spartätigkeit der privaten Haushalte auch durch Kreditaufnahme zu finanzieren, zunächst nur am Rande wichtig. Es wird zunächst angenommen, daß die Unternehmer verfügbare Ressourcen investieren. Erst wenn gezeigt wird, daß sie selbst unter dieser Verhaltensannahme eine Beschäftigungskrise nicht vermeiden können, wird die alternative Annahme eingeführt, daß die Unternehmen

8 Nach Bortkiewicz können im Kapitalismus nur Technologien eingesetzt werden, bei deren Anwendung einzelbetrieblich die Profitrate nicht sinkt. Bei bekannten Produkten ist dies nur möglich, wenn die Stückkosten sinken. Neue Produkte zusätzlich zu bisher und weiterhin nachgefragten können nur eingeführt werden, wenn auch die Gesamtnachfrage zunimmt. L. von Bortkiewicz, Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, 3. Teil, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 25 (1907) 2, S. 454-459. Die Profitrate kann jedoch gesamtwirtschaftlich wegen der makroökonomischen Rahmenbedingungen sinken.

allein aus Gründen der Risikobegrenzung einen gewissen Grad der Fremdfinanzierung nicht überschreiten. Dazu wird als Verhaltenshypothese eingeführt, daß die Bereitschaft der Unternehmer, sich für die Durchführung von Investitionsvorhaben zu verschulden, von zwei Faktoren abhängt, dem Risiko und der Differenz zwischen Profitrate und Zinssatz, weil in Höhe dieser Differenz Unternehmen auch auf fremde Mittel Gewinne machen.

Die Bereitschaft zur Verschuldung, gemessen als Beitrag  $B$ , den die Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen aufnehmen, ist definiert als

$$(5) \quad B = f_B(\pi - z, K/K_u),$$

wobei  $K$  für den Wert des akkumulierten Kapitalstocks steht, von dem nur ein Teil, nämlich  $K_u$ , Kapital der Unternehmen darstellt.

Eine Vollbeschäftigung sichernde Höhe der Gesamtnachfrage wird dann erreicht, wenn

$$(6) \quad Y = C + f_B(\pi - z, K/K_u) + P$$

sofern, was bei Bereitschaft zur Verschuldung anzunehmen ist, die Unternehmen ihre Profite für Nettoinvestitionen verwenden.

Dynamisiert läßt sich die Gleichung (1) wie folgt schreiben:

$$(7) \quad i \frac{I}{Y} = p \frac{P}{Y} + sh \frac{SH}{Y}; \quad y = sh \frac{SH}{Y} + p \frac{P}{Y} + c \frac{C}{Y}$$

Angesichts der Annahme produktivitätsgerechter Löhne und der Annahme der Gleichung (4) über einen im Verhältnis zum Wachstum des Volkseinkommens überproportionalen Anstieg der Spartätigkeit der Haushalte gilt  $sh > y$ . Eine konstante Zuwachsrate der Profite läßt sich nach Gleichung (7) nur erzielen, wenn  $i > y$ , weil bei  $i = y$  und  $sh > y$  zwangsläufig  $p < y$ . Parallel zum Wachstum des Volkseinkommens ansteigende Profite und damit eine parallel zur Wachstumsrate des Volkseinkommens sich entwickelnde Profitrate und Wachstumsrate des unternehmereigenen Kapitalstocks, in deren Folge letztlich die Verteilungsposition der Unternehmer wenigstens gehalten wird, setzt bei wachsender Spartätigkeit der privaten Haushalte eine über der Wachstumsrate des Volkseinkommens liegende Wachstumsrate der Investitionen voraus.<sup>9</sup>

9 Zwischen der Stromgröße  $P$  und ihrer Wachstumsrate  $p$  und der ihr zugehörigen Bestandsgröße  $K$  und ihrer Wachstumsrate  $\pi$  (die Profitrate  $\pi = P/K$  ist bei Reinvestition des Gewinns zugleich die Wachstumsrate des von den Unternehmen abzüglich ihrer Schulden besessenen Kapitalstocks) besteht folgender Zusammenhang:  $\pi = (1 + p)(P_{-1}/K_{-1})$ . Bei  $p \neq \pi$  nähert sich  $\pi$  an  $p$  an, weil in jeder folgenden Periode der Koeffizient  $K/P$  sich verändert, bis  $p = \pi$ . Dabei können sich aufgrund eines Schocks auseinanderliegende Zuwachsraten gegenläufig entwickeln. Die Verminderung der Zuwachsrates der Stromgröße schließt die Erhöhung der Zuwachsrates der Bestandsgröße nicht aus, weil und solange die Zuwachsrates der Stromgröße höher als die Zuwachsrates der Bestands-

Wenn bei wachsenden Sparleistungen der Privaten Vollbeschäftigung herrschen soll, muß die Wachstumsrate der Investitionen angehoben werden. Daraus ergibt sich, daß die Wachstumsrate des Kapitalstocks  $k$  steigen muß. Bei konstanter Kapitalproduktivität ist  $y = k_{-1}$ ,  $y_{-1} = k_{-2}$  etc., so daß  $y > y_{-1} > y_{-2}$ . Die Arbeitsproduktivität muß explosionsartig ansteigen, solange die Kapitalproduktivität bei wachsenden Raten des Wachstums des Kapitalstocks nicht sinkt.

In der Theorie endogenen Wachstums<sup>10</sup> wird die von den Keynesianern beobachtete<sup>11</sup> und im Anschluß an Bortkiewicz auf steigende Reallöhne zurückzuführende relative Konstanz des Kapitalkoeffizienten auf die Abhängigkeit des technischen Fortschritts von der Kapitalakkumulation komplementären Faktoren zurückgeführt. Ohne auf die hier anstehende Kontroverse einzugehen<sup>12</sup>, kann sowohl auf der Grundlage der Theorie des en-

---

größe ist. Die Erhöhung der Zuwachsrate der Stromgröße muß mit einer Erhöhung der Zuwachsrate der Bestandsgröße einhergehen. Daraus folgt, daß selbst im Fall eines ursprünglich hohen Werts von  $p$  dessen dauerhafte Abnahme zu einem sinkenden  $\pi$  führen muß, insbesondere wenn Folge eines anfangs großen Abstands beim Prozeß der Angleichung beider Zuwachsraten auch  $\pi$  anstieg, solange  $p/\pi$  hoch war, vgl. dazu die Modellierung in Elsenhans, Rent (Anm. 5), bes. S. 423-425.

- 10 Vgl. z. B. P. M. Romer, Increasing Returns and Long-Term Growth, in: *Journal of Political Economy*, 94 (September/Oktober 1986) 2, S. 1002-1037; ders., The Origins of Endogenous Growth, in: *Journal of Economic Perspectives*, 8 (1994) 1, S. 3-22; K. H. Paqué, Technologie, Wissen und Wirtschaftspolitik – Zur Rolle des Staates in Theorien des endogenen Wachstums, in: *Die Weltwirtschaft*, 3 (1995), S. 237-253; H. Pack, Endogenous Growth Theory: Intellectual Appeal and Empirical Shortcoming, in: *Journal of Economic Perspectives*, 8 (Winter 1994) 1, S. 55-72; A. R. Barros, Some Implications of New Growth Theory for Economic Development, in: *Journal of International Development*, 5 (1993) 5, S. 531-558; Th. v. Klundert/L. Meijdam, Endogenous Growth and Income Distribution, in: *Journal of Economics*, 58 (1993) 1, S. 53-75.

- 11 N. Kaldor, Capital Accumulation and Economic Growth, in: F. A. Lutz/D. C. Hague (Hrsg.), *The Theory of Capital*, London/New York 1961, S. 179; E. D. Domar, The Capital-Output Ratio in the United States: Its Variation and Stability, in: ebenda, S. 95-117; Th. Mayor, The Decline of the United States Capital-Output Ratio, in: *Economic Development and Cultural Change*, 16 (Juli 1968) 4, S. 495-516; R. Bicanic, The Threshold of Economic Growth, in: *Kyklos*, 15 (1962) 1, S. 7-28; J. W. Kendrick, Productivity Trends in the United States. A Study by the National Bureau of Economic Research, Princeton, N. J. 1961, S. 166; J. W. Kendrick/R. Sato, Factor Prices, Productivity and Growth, in: *American Economic Review*, 53 (Dezember 1963) 5, S. 974; D. M. Phelps/B. Weber/E. H. Brown, Accumulation, Productivity and Distribution in the British Economy 1870-1938, in: *Economic Journal*, 63 (Juni 1953) 250, S. 270.

- 12 Im Anschluß an Bortkiewicz und die Beobachtungen der Postkeynesianer wäre zu argumentieren, daß steigende Masseneinkommen durch zwei Faktoren den Anstieg des Kapitalkoeffizienten vermindern: Einerseits sinkt der Finanzierungsspielraum für Investitionen, so daß die Rate der Kapitalakkumulation auf die Rate des von der Kapitalakkumulation unabhängigen technischen Fortschritts gesenkt werden kann, zum anderen steigt wegen der Möglichkeit von Größenersparnissen die Rate des technischen Fortschritts, dazu H. Elsenhans, Wirtschaftswachstum und institutionelle Entwicklung. Korreferat zum Beitrag von Rainer Klump, in: R. Schubert (Hrsg.), *Neue Wachstums- und*



dogenen Wachstums als auch der postkeynesianischen Beobachtungen über Konstanz des Kapitalkoeffizienten mit plausiblen Gründen argumentiert werden, daß ein unbegrenztes Wachstum der Rate der Steigerung der Arbeitsproduktivität höchst unwahrscheinlich ist.

Bei  $k > y$  sinkt definitionsgemäß die Kapitalproduktivität. Unter dieser Voraussetzung läßt sich der Fall der Profitrate selbst dann nicht vermeiden, wenn der Anteil der Ersparnisse der privaten Haushalte an der Investitionsfinanzierung zunimmt und die Haushalte für ihre so angelegten Ersparnisse keinerlei Zinsen erhalten (entsprechend der oben angeführten Überlegungen über die denkbare Unabhängigkeit der Sparneigung vom für Ersparnisse bezahlten Zinssatz).

Der Kapitalstock  $K$  wächst mit der Rate  $k$ . Weil ein Teil des Kapitalstocks, nämlich der aus Profiten gespeiste, als Eigenkapital in Besitz der Unternehmen befindliche Kapitalstock  $K_u$  mit  $\pi < k$  wächst, liegt die Wachstumsrate des aus Ersparnissen finanzierten Teils des Kapitalstocks  $K_s$  mit  $k_s > k$  gleichzeitig auch über der Rate des Wachstums des Volkseinkommens  $y$ . Wir erhalten für das Wachstum des Kapitalstocks und seine durch ihre Anteile an der Investitionsfinanzierung gewichteten Komponenten:

$$(8) \quad k = k_s \frac{SH}{I} + \pi \frac{P}{I}$$

Das Volkseinkommen wächst mit:

$$(9) \quad y = sh \frac{SH}{Y} + p \frac{P}{Y} + c \frac{C}{Y}$$

$k_s$  und  $\pi$  sind die Wachstumsraten der Bestandsgrößen  $K_s$  und  $K_u$ , deren Stromgrößen  $SH$  und  $P$  sind. Bei tendenziell konstanten oder steigenden Wachstumsraten können die Wachstumsraten der Stromgrößen nicht niedriger sein als die Wachstumsraten der Bestandsgrößen, sofern diese nicht fallen dürfen. Das Vollbeschäftigungswachstum ist dann gekennzeichnet durch:

$$(10) \quad (1 + b) k = (1 + b) k \left( k_s \frac{SH}{I} + \pi \frac{P}{I} \right) = y = sh \frac{SH}{Y} + p \frac{P}{Y} + c \frac{C}{Y}$$

Weil  $k_s > k > y$  gilt  $sh > y$ , so daß  $SH/Y$  steigt. Aus dem Modell läßt sich keine Richtung der Veränderung von  $P/Y$  ableiten. Die Wachstumsrate  $\pi$  von  $K_u$  kann größer oder kleiner sein als  $y$ . Da aber  $k > y$ , muß die Wachstumsrate  $i$  der Investitionen, die gleichzeitig die Wachstumsrate der aggregierten Teile  $SH$  und  $P$  ist, höher als  $y$  sein. Ein niedriges  $p$  kann nicht ein hohes  $sh$  ausgleichen, solange die Investitionsquote steigen muß. Dies ist nur möglich, solange  $C/I > 0$ , doch tendiert dieser Wert gegen Null. Die Bedingungen für den hier modellierten Akkumulationsprozeß lassen sich

nur aufrechterhalten, solange  $C/Y$  sinken kann. Bei  $cC/Y = 0$ , entweder als Folge einer nicht mehr verminderbaren Konsumhöhe oder als Folge gesellschaftlichen Widerstands ( $c = 0$ ) bricht der Akkumulationsprozeß ab. Er dauert an, solange die Konsumquote noch erheblich ist und  $c > 0$ , so daß der Anstieg von  $i > y$  durch  $c < y$  kompensiert werden kann. Es gibt also einen Bereich, in dem eine sinkende Konsumneigung durch kapitalintensivierendes Wachstum kompensiert werden kann. Ein solcher Prozeß bricht aber zusammen, wenn die Konsumquote ein kritisches Maß unterschreitet und ein auch negatives Wachstum des Konsums nicht mehr weiter unterboten werden kann. Im Prinzip kann diese Schwelle abhängig von der Möglichkeit,  $c$  aus politischen Ursachen nicht mehr fallen zu lassen, zu jedem Zeitpunkt des Prozesses auftreten. Relevant ist jedoch, daß sie abhängig von der sinkenden Kapitalproduktivität bei einer Konsumquote  $C/Y > 0$  auftreten muß.

Wir setzen den Ausdruck  $cC/Y$  der Gleichung (11) auf 0. Durch Umformung erhalten wir:

$$(11) (1 + b') > \frac{I}{Y}$$

Der Grenzwert von  $I/Y$  ist 1, dagegen  $(1 + b') < 1$  bei sinkender Kapitalproduktivität. Der Prozeß muß um so früher abgebrochen werden, desto drastischer die Kapitalproduktivität sinkt.

Die Volkswirtschaft leidet an „Überakkumulationen“ finanzieller Mittel durch Sparen, selbst wenn die Unternehmer optimistisch alle verfügbaren Ressourcen investieren und dadurch Vollbeschäftigung zunächst sichern. Bei fortdauernd wachsender Investitionsquote  $I/Y$  muß der Akkumulationsprozeß mangels verfügbaren technischen Fortschritts stocken und Arbeitslosigkeit auftreten. Auch unter heroischen Annahmen ist der auf Konsumverzicht aufgebaute Akkumulationsprozeß nicht durchzuhalten.

Bemerkenswert an dem Modell ist, daß es die Auffassung widerlegt, daß ein durch unverzinste Ersparnisse finanzierter Akkumulationsprozeß die Unternehmer vor einem Fall der Profitrate bewahren könnte. Darin spiegelt sich die gesellschaftliche Funktionalität von Profit im Kapitalismus wider. Der Fall der Profitrate ist nur indirekt Folge einer „falschen“ Einkommensverteilung. Er ist vielmehr Folge einer „falschen“ Einkommensverwendung, bei der das Wachstum der für Akkumulation verfügbar gemachten Ressourcen das Wachstum des technischen Fortschritts überschritten hat.<sup>13</sup>

13 Es ist offensichtlich, daß damit der Wachstumsprozeß sowohl wegen im Verhältnis zur Kapitalakkumulation mangelnden technischen Fortschritts als auch wegen Nachfragegesichtspunkten abgebrochen werden kann, wie dies von den Klassikern postkeynesianischer Konjunkturtheorie schon thematisiert wurde, vgl. J. Hicks, *Money, Interest and Wages. Collected Essays on Economic Theory*, Oxford 1982, S. 41; R. F. Harrod, *Economic Essays*, London 1952, S. 273.

### 3. Die Unmöglichkeit der Umverteilung des Produktivvermögens durch Sparen

Mit der wachsenden Spartätigkeit treten Spannungen auf der Seite der Nachfrage auf. Daß die Unternehmen die wachsenden Ersparnisse der Haushalte auch investieren, wurde oben angenommen, um aufzuzeigen, daß selbst im Fall großer Nähe zu den Annahmen der Neoklassik vermehrte Spartätigkeit zum Abbruch von Wachstum führen muß. Eine empirisch abgesicherte Aussage über die Werte der Parameter der Gleichung (5) gibt es nicht.

Unser Modell traf nur grobe Zuordnungen über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen  $K$  und  $K_u$ . Die Wachstumsrate von  $K$  war  $k > y$ , während die Wachstumsrate von  $K_u$ , nämlich  $\pi$ , unbestimmt war. Die implizite Annahme war  $\pi \leq y$ , weil bei  $\pi > y$  und  $b' < 1$  die Profitrate fallen muß. Welches Verhältnis bei  $k > y$  und  $\pi \leq 1$  das Verhältnis  $K/K_u$  annimmt, läßt sich aus dem Modell nicht ablesen. Ob bei den im Modell erreichbaren  $K/K_u$  die Forderung von (5) schon verletzt wird, bevor die Profitrate fällt, läßt sich nicht sagen.

Unabhängig davon, ob die Akkumulation nachfragebedingt wegen einer Steigerung von  $K/K_u$  oder wegen im Verhältnis zum Akkumulationsprozeß zu geringem technischen Fortschritt abgebrochen wird, zeigt die Gleichung (5), daß der Akkumulationsprozeß irgendwann abgebrochen wird und deshalb zu sinkenden Nettoinvestitionen führt. Unter diesen Voraussetzungen brauchen die Unternehmer Fremdmittel für die Finanzierung von Investitionen nur, wenn sie am Markt keine Profite erzielen, gleichwohl aber zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit, z. B. Verbesserung der Technologien, also Rationalisierungsinvestitionen, weitere Investitionen vornehmen müssen.

Aus  $I = S + P$  wird häufig abgeleitet, daß vermehrtes Sparen zunächst einen Nachfrageausfall darstellt und dann Nettoinvestitionen wegen des hohen Sparens der privaten Haushalte nur durch Verschuldung finanziert werden können. Der Nachfrageausfall in Höhe des Sparens hat nach dieser Auffassung zur Folge, daß die Unternehmer ihre Produkte nicht mehr mit Gewinn verkaufen können. Zwar entstehen in der Investitionsgüterproduktion Einkommen, für die keine Konsumgüter produziert werden. Die Lohnsumme übersteigt die Kosten, die in der Konsumgüterproduktion (einschließlich der Vorprodukte und der Ersatzinvestitionen) bezahlt wurden. Da diese Einkommen aber nicht vollständig für Güterverkäufe verwendet werden, sinkt der Gesamterlös, den die Konsumgüterproduzenten erzielen können. Die Ersparnis der privaten Haushalte kann die Höhe der Investitionsgüteraussgaben erreichen. Die Folge wäre dann im Modell die Substitution der Unternehmer als Eigentümer der Produktionsanlagen durch die spendenden Haushalte.<sup>14</sup>

Diese Perspektive würde voraussetzen, daß die Haushalte nicht nur durch Sparen die Nachfrage verminderten, sondern die Unternehmen auch zwingen könnten, ihr eingesetztes Kapital als nunmehr wertlos und deshalb keinen Gewinn abwerfend zu betrachten. Die Unternehmer werden darauf mit Produktionseinschränkungen reagieren. Damit sinkt das Güterangebot. Es kann wieder zu höheren Preisen verkauft werden, sofern keine neuen Anbieter am Markt auftreten.

In unserer Modellierung erhalten die Sparer keinen Zins, weil ihre Sparneigung als vom Zinssatz unabhängig betrachtet wird. Sie würden durch Investitionen in Produktionsanlagen, die keine Zinsen abwerfen, keinen Verlust erleiden. Allerdings verlören sie durch die Investition die mit Liquidität verbundenen Vorteile der freien Disposition und der Freistellung vom Risiko, das mit jeder Investition verbunden ist.

Für eine völlige Substitution privaten Sparens gegen Unternehmerprofite als Finanzierungsquelle privater Investitionen wäre dann notwendig, daß die privaten Haushalte tatsächlich in der Lage sind, gegebenenfalls Produktionskapazitäten wettbewerbsfähig mit den etablierten Unternehmen aufzubauen und durch ein entsprechendes Angebot am Markt die schon etablierten Unternehmen zu profitmindernden Preissenkungen zu zwingen.

Gegen diese Möglichkeit sprechen folgende Umstände: Die Produktion kann und ist häufig durch hohe Anfangsinvestitionen gekennzeichnet, die die etablierten Unternehmen schon getätigt haben. Neue Investoren müssen diese Kosten erst aufbringen und werden für den Wechsel aus Liquidität in Festanlagen keinen negativen Zins hinnehmen, den etablierte Unternehmen zur Aufrechterhaltung ihrer Marktanteile bei entsprechender Marktlage eben hinnehmen müssen. Hohe Fixkosten haben weiterhin Größensparnisse zur Folge. Die Durchschnittskosten, vor allem aber die Grenzkosten der Produktion sind für etablierte Unternehmen mit schon hohen Marktanteilen niedriger als für neue Anbieter. Dieser Mechanismus wurde für die deutsche Großindustrie in der Großen Depression der 30er Jahre von Sohn-Rethel als Anzeige für das Ende des Pigou-Effekts beschrieben.<sup>14</sup> In der Krise fielen die Preise nicht mehr rascher als die Nominallöhne; dies hatte bis zum Wachstum der Monopole, auf das Sohn-Rethel die Starrheit zurückführt, über Realeinkommenssteigerungen zur Überwindung von konjunkturellen Krisen beigetragen.<sup>15</sup>

14 J. E. Meade, *The Rate of Profit in a Growing Economy*, in: *Economic Journal*, 73 (Dezember 1963) 292, S. 673.

15 Vgl. A. Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, Frankfurt a. M. 1973, S. 47ff.

16 B. S. Bernanke/K. Carey, *Nominal Wage Stickiness and Aggregate Supply in the Great Depression*, in: *Quarterly Journal of Economics*, 111 (August 1996) 3, S. 881; Ch. Hanes, *The Development of Nominal Wage Rigidity in the Late 19th Century*, in: *American Economic Review*, 83 (September 1993) 4, S. 745; R. S. Tucker, *Real Wages*

Zudem trifft eine niedrige, ja möglicherweise sogar negative Profitrate nicht alle Unternehmen gleich. Je höher der Eigenkapitalanteil, desto geringer die Finanzierungskosten. Bei gleicher Wettbewerbsfähigkeit werden in der Krise im Fall sinkender Profitraten die Unternehmer am frühesten zahlungsunfähig, die eine niedrige Eigenkapitalquote aufweisen.<sup>17</sup> Das Angebot sinkt. Die Preise können verteidigt werden.

Ähnliche Mechanismen ergeben sich aus der (vielleicht gewachsenen) Bedeutung von an Unternehmen gebundenem Wissen für die Steigerung der Produktivität. Die in der Theorie endogenen Wachstums von der post-keynesianischen Theorie übernommene Relativierung des Beitrags des physischen Kapitals zum technischen Fortschritt macht vollständige Konkurrenz unwahrscheinlich. Ein Neuanbieter verfügt nicht über das Wissen der schon etablierten Firmen, selbst wenn die Märkte ansonsten völlig frei sind. Die Erforschung der Rolle von Humankapital, Wissen, nicht in Kapitalausgaben inkorporierten Fortschritts und anderer Elemente des technischen Fortschritts zeigen, daß zumindest Teile dieser zusätzlichen und ergänzenden produktivitätssteigernden Faktoren zwischen den Unternehmen immobil sind. Die Qualität von Arbeit ist nicht nur Ergebnis der Dauer der in Ausbildungsinstitutionen verbrachten Zeit, sondern Folge von Learning by doing. Solches Lernen ist an bestimmte Unternehmen gebunden, wie die hohen Anlernkosten zeigen, die in der Theorie der Hysteresis auf den Arbeitsmärkten thematisiert werden.<sup>18</sup> Die Analogie des Eingespieltseins einer Fußballmannschaft kann dies verdeutlichen.

---

of Artisans in London, 1729–1935, in: *Journal of the American Statistical Association*, 31 (1936) 1, S. 73–84; J. M. Keynes, *Relative Movements of Real Wages and Output*, in: *Economic Journal*, 49 (März 1939) 193, S. 35–36; H. Richardson, *Real Wage Movements*, in: *Economic Journal*, 49 (September 1939) 195, S. 431–441; H. J. Habakkuk, *Fluctuations and Growth in the 19th Century*, in: H. M. Robertson/M. Kooy (Hrsg.), *Studies in Economics and Economic History*, London 1972, S. 275; H. Rosenberg, *Die Weltwirtschaftskrise von 1857–1859*, Stuttgart/Berlin 1934, S. 185; W. Woytinsky, *Les conséquences sociales de la crise*, Genf 1936, S. 127–135; Ch. L. Mowat, *Britain Between the Wars 1918–1940*, London 1968, S. 452, 493; A. Montgomery, *How Sweden Overcame the Depression*, Stockholm 1938) S. 52; W. W. Rostow, *Investment and the Great Depression*, in: *Economic History Review*, 8 (Mai 1938) 2, S. 136–158; B. Mieczkowski, *Estimates of Changes in Real Wages in Poland During the 1960s*, in: *Slavic Review*, 31 (September 1972) 3, S. 651–656.

17 Vgl. Ng. Yew-Kwang, *Business Confidence and Depression Prevention: A Meso-economic Perspective*, in: *American Economic Review*, 82 (Mai 1992) 2, S. 368.

18 W. Franz, *Strukturelle und friktionelle Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland: Eine theoretische und empirische Analyse der Beveridge-Kurve*, in: G. Bombach u.a. (Hrsg.), *Arbeitsmärkte und Beschäftigung – Fakten, Analysen, Perspektiven*, Tübingen 1987, S. 321; M. Göcke, *Formen ökonomischer Hysteresis*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 116 (1996) 1, S. 31–58; A. Belke/M. Göcke, *Starke Hysteresis auf dem Arbeitsmarkt*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 114 (1994) 3, S. 345–378; R. Topel, *What Have We Learned from Empirical Studies of Unemployment and Turnover*, in: *American Economic Review*, 83 (Mai 1993) 2, S. 114; F. Franzmeyer/L. Lindlar/H. Trabold, *Does Internationalization Constrain Na-*

Etablierte Unternehmen können aufgrund der an das Unternehmen gebundenen komplementären Faktoren des technischen Fortschritts auch bei ansonsten vollständigem Wettbewerb die Preise über ihren Produktionskosten halten. Gibt es keine Neuanbieter, kann kein Unternehmen dauerhaft von anderen gezwungen werden, auf eine minimale Profitrate zu verzichten. Auch bei Überangebot auf dem betreffenden Gütermarkt wird das Unternehmen nur die Produktion tätigen, die diese akzeptable positive Profitrate erlaubt.

Bei Konstanz des Kapitalkoeffizienten und moderaten Wachstumsraten von Produktivität und Beschäftigung werden zudem Abschreibungen zur wichtigsten Finanzierungsquelle für Investitionen (in Deutschland werden die Bruttoinvestitionen zu über 2/3 aus Abschreibungen finanziert). Die zum physischen Kapital komplementären Faktoren des technischen Fortschritts sind von der Bruttoinvestitionssumme abhängig, da alte Investitionsgüter stets durch neue ersetzt werden, nicht von der Nettoinvestitionssumme. Je höher der Anteil der Abschreibungen an den Bruttoinvestitionen, desto größer die Vorsprünge etablierter Unternehmen beim Erwerb und der Reproduktion der zum Sachkapital komplementären Faktoren des technischen Fortschritts gegenüber Neuanbietern.

Die Meadesche Vorstellung der Ersetzung des Eigentums der Unternehmer an den Produktionsmitteln durch die spendenden privaten Haushalte wäre bei unterschiedlichem Zugang von Unternehmern und Nichtunternehmern zu den zum Sachkapital komplementären Faktoren des technischen Fortschritts eher in Boomphasen als in rezessiven Phasen möglich. Das Sparen der privaten Haushalte löst jedoch über Nachfrageausfall eher rezessive Tendenzen aus. Nur im Bereich neuer Technologien, in denen bisher als Folge von Learning by doing akkumulierte immaterielle „Faktoren“ keine Rolle spielen, oder im Fall völliger Mobilität der immateriellen „Faktoren“ könnten die Haushalte mit ihren Ersparnissen selbst zu Kapitalisten werden.

In der Rezession müssen die Kapitalisten zwar sinkende Profitraten hinnehmen, doch können sie ihre Wettbewerbsvorsprünge so lange verteidigen, wie sie Innovation aus Abschreibungen finanzieren können. Sie dürfen sogar in der Lage sein, zusätzlich durch Mark-up-Preise zu verdienen (weil oligopolistischer Wettbewerb herrscht).

Sparen erlaubt den Erwerb von Produktionsanlagen nur insoweit, wie die Unternehmen bereit sind, Anteile an die Sparer zu verkaufen, z. B. durch Aktienemissionen.

---

tional Employment and Social Policies? Based on a Study of the Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung for the Ministerie for Sociale Zaken en Werkgelegenheid of the Netherlands, Berlin 1996, S. 18.

4. Zur Räumung der Gütermärkte ausreichende Lohnsteigerungen, die Anreize für Nettoinvestitionen schaffen, müßten höher sein als die Steigerung der Arbeitsproduktivität und führen zu Stagflation.

Soll die Konsumtion mit dem Wachstum der Produktivität Schritt halten, müßten die Reallöhne bei steigender Sparneigung rascher als das Volkseinkommen wachsen.

Unter dieser Annahme steigen die Löhne rascher als die Produktivität mit:

$$(12) y = c < l < sh$$

Ein Teil des Lohnes würde annahmegemäß gespart. Unterschiedliche Formen von Investivlöhnen waren schon Gegenstand der Diskussion in Westeuropa. Die Grundüberlegung besteht darin, dem einzelnen Unternehmen oder einer Gruppe von Unternehmen die als Löhne bezahlten von den Haushalten zum Sparen verwendeten Ressourcen als Risikokapital zurückzugeben.

In deutschen Großunternehmen wird ein nicht unerheblicher Teil der Investitionen aus Rückstellungen für zukünftige Altersversorgungsleistungen der Beschäftigten finanziert, weil solche Rückstellungen steuerfrei bleiben.<sup>19</sup> Nach Abschnitt 3 und Gleichung (6) kalkulieren alle Unternehmen beim Einsatz von Fremdkapital größere Risiken ein. Auf in der Form des Investivlohns bereitgestelltes möglicherweise sogar zinsloses Kapital muß eine Risikoprämie erwirtschaftet werden. Die Ersparnisse bei den Kapitalkosten sind selbst bei einem Zinssatz von Null geringer als die zusätzlichen Kosten des Investivlohns. Allein deshalb kann die Senkung der Kapitalkosten nicht die Steigerung der Lohnstückkosten ausgleichen. Es kommt zu einem inflatorischen Druck, der als Lohnkosteninflation erscheint. Gleichzeitig gibt es entsprechend (12) eine deflatorische Tendenz, weil  $s$  weiterhin rascher wächst als  $y$ .

Der Lohnsatz, bei dem im Fall von wachsendem Haushaltssparen die Konsumgütermärkte geräumt werden, kann sich nicht am Markt bilden, es sei denn, der jeweilige Arbeitgeber erhalte automatisch die Sparleistungen seiner Beschäftigten als voll haftendes Risikokapital mit  $z = 0$  geradezu als Entgelt für die Gewährung von Beschäftigung zurück. Der Lohnsatz muß deshalb zwischen den Verbänden der Beschäftigten und der Arbeitgeber ausgehandelt oder durch den Staat festgesetzt werden. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß in solchen Verhandlungen oder Festlegungen Veränderungen der Sparneigung korrekt vorhergesagt werden können, weil die Sparneigung durch komplexe Erwartungen bestimmt wird.

Der direkte Zugang eines einzelnen Unternehmers zum Sparen seiner Beschäftigten, das er dann als voll haftendes Risikokapital einsetzen

19 S. Welzk, *Boom ohne Arbeitsplätze*, Köln 1986, S. 44-60.

könnte, widerspricht zudem den Zielsetzungen der portfoliokaufenden Haushalte. Sie streben nach Risikodiversifizierung. Bei solchem Zwangssparen würden deshalb die Haushalte weiterhin Sparleistungen für zukünftige Konsumoptionen erbringen, selbst wenn sie Aktionäre ihrer eigenen Gesellschaften werden sollten.

Der deflatorische Effekt kann den inflatorischen nicht über Nachfragezurückhaltung kompensieren, weil dieser nicht Folge einer steigenden Nachfrage, sondern steigender Kosten ist.

Der Nettoeffekt der inflatorischen und der deflatorischen Tendenz hängt von der Lage von  $f_S$  und  $f_B$  ab. Aus der Abhängigkeit von  $f_B$  von der Fremdkapitalquote und der Höhe der Profitrate im Verhältnis zum Zinssatz ist anzunehmen, daß Nachfragedeflation und Kosteninflation sich bei wachsender Fremdfinanzierung wechselseitig verstärken. Der Versuch, mit Hilfe expansiver Lohnpolitiken die Nachfrage zu steigern, führt von der Kostenseite zu Inflation und, abhängig von der Lage  $f_S$ , von der Nachfrageseite zu Deflation.<sup>20</sup>

Wachsendes Sparen der Haushalte führt zu Stagflation: Vollbeschäftigung führt rasch zu Inflation und preisstabilitätorientierte Politiken zu Arbeitslosigkeit, weil und insoweit die Haushalte ihre Einkommen nicht nachfragewirksam ausgeben.

Bei Stagflation sind die Kapitalisten nicht in der Lage, Nettoinvestitionen zu tätigen. Selbst bei Mark-up-Preisen und unvollständigem Wettbewerb können die Kapitalisten ihre eigenen finanziellen Überschüsse nicht für Nettoinvestitionen benutzen, sondern müssen auf die Finanzmärkte gehen.<sup>21</sup>

## 5. Die Einführung eines Finanzmarkts in das Modell

Zukünftige Optionen für Kaufkraft können in der Form von Anlagen auf Finanzmärkten erworben werden. Tatsächlich wollen die Haushalte keine real existierenden, produzierten und materiell existierenden Anlagen kaufen, die sie selbst betreiben würden, wie dies für Kapitalisten gilt, die Einkommen aus der produktiven Anwendung von Ausrüstungen mit Hilfe lohnabhängiger Arbeit ziehen. Sparende Haushalte schichten zwar ihre Portfolios entsprechend erwarteter Zinssätze um, doch ist die Höhe ihrer Sparleistungen nicht primär eine Funktion des Zinssatzes. Strömen wachsende finanzielle Mittel auf Finanzmärkte, steigen die Preise der Finanzanlagen. Die Käufer von Optionen für zukünftige Kaufkraft sehen in den

---

20 Andere Szenarios sind denkbar: Die Sparer sparen für Sicherheit und entsparen wegen Arbeitslosigkeit, so daß die Wirtschaft auf einem langsamen Wachstumspfad verharrt.

21 H. Dicke/P. Trapp, Zur Rentabilität der Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Weltwirtschaft, 2 (Dezember 1987), S. 46-59.



höheren Preisen der Finanzanlagen wachsenden Reichtum.<sup>22</sup> Sie betrachten Kurssteigerungen als Wertzuwachs und damit als Einkommen. Wachsende Dividenden werden immer weniger wichtig für den Kauf von Finanzanlagen. Überall werden die Kursanalytiker bei der Finanzberatung wichtiger.<sup>23</sup>

Solange solche zusätzlichen Finanzmittel auf die Finanzmärkte strömen, ist nicht damit zu rechnen, daß die Kurse wegen niedrigen Dividenden sinken. Sie werden von den Erwartungen über die Gewinnsituation der Unternehmen unabhängig und durch Erwartungen über die zukünftige Kursentwicklung bestimmt. Die Nachfrage für solche Finanzanlagen wächst so lange, wie Finanzmittel auf die Finanzmärkte strömen, unter den Annahmen des Modells unabhängig von einer expansiven Geldpolitik der Notenbank, allein aufgrund zusätzlicher Sparleistungen der Haushalte.

Annahmegemäß wächst der Finanzmarkt (FA = Finanzanlagen) auf der Grundlage der Nachfrage von Haushalten nach Finanzanlagen (Portfolios), so daß

$$(13) \quad FA = f_S L_{t-1} + f_S L_{t-2} + \dots + f_S L_{t-i}$$

Die Mindestwachstumsrate der akkumulierten Ersparnisse beträgt deshalb

$$(14) \quad FA = f_S L / FA_{-1}$$

Da der Wert der Finanzanlagen spekulativ wächst, kann allerdings der Wert der von Portfolioeigentümern besessenen Finanzanlagen sehr viel höher sein. Der nominale Aktienumlauf stieg in Deutschland von 151 Milliarden DM 1991 auf 216 Milliarden DM 1996, also um 43 Prozent, während das Nettoanlagevermögen ohne Wohnungsvermietung in derselben Periode nur um 20,4 Prozent stieg.<sup>24</sup>

Der deutsche Aktienindex DAX stieg in derselben Periode um 107 Prozent, so daß der Wert der umlaufenden Aktien um den Faktor 3 (+ 195 Prozent) anstieg.<sup>25</sup>

Die durch Erweiterung der Finanzmärkte geschaffenen Möglichkeiten sind attraktiv, weil nunmehr die Höhe der Profite von den güterwirtschaft-

22 Zur Illustration: D. Felix, *Financial Globalization Versus the Free Trade: The Case of the Tobin Tax*, Discussion Paper 108, Genf: UNCTAD, November 1995, S. 31; D. C. Korten, *The Failure of Bretton Woods*, in: J. Mander/E. Goldsmith (Hrsg.), *The Case against the Global Economy and a Turn to the Local*, San Francisco 1996, S. 29.

23 J. A. Frankel/K. A. Froot, *Chartists, Fundamentalists, and Trading in the Foreign Exchange Market*, in: *American Economic Review*, 80 (Mai 1990) 5, S. 181-185. Vgl. auch: T. J. Sinclair, *Passing Judgment: Credit Rating Processes as Regulatory Mechanisms of Governance in the Emerging World Order*, in: *Review of International Political Economy*, 1 (1994) 1, S. 133; T. Gigantes, *Demand Distorts its Own Supply*, Montreal 1990, S. 24-27.

24 Deutsche Bundesbank, *Monatsberichte*, 50 (Mai 1998) 5, S. 50\*. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, verschiedene Ausgaben.

25 Deutsche Bundesbank, *Monatsberichte*, 50 (Juni 1998) 6, S. 51 f.

lichen Zwängen frei wird. Profite hängen nicht mehr von der Ausweitung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ab,<sup>26</sup> die Nettoinvestitionen hervorrufen, sondern nur noch von der Versorgung der Finanzmärkte mit billigem Geld.

Billiges Geld wird in der Schulökonomie als Quelle von Inflation angesehen, insbesondere wenn dadurch die Konjunktur in der Güterwirtschaft überhitzt wird. Unter den hier gemachten Modellannahmen gibt es keine inflationären Tendenzen auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen. Zusätzliches Geld dient dem Sparen und manifestiert sich nicht auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen. Der inflationäre Prozeß beschränkt sich auf die Finanzmärkte, wobei Kurssteigerungen von der Zentralbank und den Portfoliobesitzern als Zugewinn an Reichtum interpretiert werden.

Die von den nur langsam wachsenden Reallöhnen und wachsenden Sparquoten der Haushalte ausgehenden deflationären Tendenzen stützen die Politik des billigen Geldes.

Solange die von den Unternehmen ihren Investitionsentscheidungen zugrunde gelegten Profitziele von Erwartungen über zukünftige Gewinne auf Finanzmärkten bestimmt werden, können die Profitraten in der realen Wirtschaft nicht beliebig sinken, selbst wenn die realen Nettoinvestitionen negativ werden. Kapital, das in der realen Wirtschaft weniger erbringt als auf den Finanzmärkten, wird zurückgezogen, mit der Folge, daß die Güterpreise kostenbedingt (nämlich wegen der Kosten des auf Finanzmärkten entgangenen Profits) so hoch bleiben, daß auch in der realen Wirtschaft positive Profitraten erzielt werden. Bei höheren Erträgen auf den Finanzmärkten können Kapitalisten nicht mehr in den Teil der realen Wirtschaft investieren, in dem die Profitraten zunächst niedrig sind. Kapitalisten müssen Liquiditätspräferenz vorziehen. Der Pigouffekt fallender Preise wegen niedriger Nachfrage wird verhindert<sup>27</sup>, weil in der realen Wirtschaft investiertes Kapital wenigstens die Profitrate erzielen muß, die auf den Finanzmärkten erzielt wird.

Das Wachstum auf Finanzmärkten bleibt ungebremst, solange die Portfoliobesitzer glauben, sich der Entwertung ihres Geldes rechtzeitig entziehen zu können. Sie würden wahrscheinlich dem Argument nicht widersprechen, daß die gleichzeitige Transformation der auf den Finanzmärkten entstandenen Geldvermögen in effektive Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zur Inflation führen würden.

---

26 Vgl. A. Glyn, Does Aggregate Profitability Really Matter, in: Cambridge Journal of Economics, 21 (September 1997) 5, S. 608, über wachsende Profite trotz niedriger Nettoinvestitionen in Großbritannien während der achtziger Jahre.

27 S. M. Fazzari/P. Ferri/E. Greenburg, Aggregate Demand and Firm Behaviour: A New Perspective on Keynesian Microfoundations. Fifth Post Keynesian Workshop: Full Employment and the Price Stability in a Global Economy (Knoxville: Tagungsbeitrag, Juli 1998); bes. S. 10.

Der sparende Haushalt nimmt an, daß er für sein erspartes Geld in der Zukunft gleich viele Güter kaufen kann, als heute, möglicherweise geringfügig weniger, sofern er eine milde Inflationsrate einkalkuliert. Er schließt aus, daß alle Besitzer von Finanzanlagen kurzfristig entsparen. Selbst wenn er diese Möglichkeit einkalkulierte, würde er seine Spartätigkeit und seine Anlagentätigkeit auf Finanzmärkten nicht notwendig reduzieren, weil kein einzelner Spieler auf diesen Finanzmärkten davon ausgeht, daß die anderen zu einem für ihn ungünstigen Zeitpunkt ihre Finanzanlagen in effektive Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen verwandeln, weil er rechtzeitig umschichtet. Nur wenige Spieler gehen wirklich davon aus, daß sie selbst ihre Ansprüche auf gegenwärtige oder zukünftig produzierte Produkte tatsächlich verwirklichen, dient ihr Sparen doch vor allem der Vorsorge. Die meisten Spieler wissen gar nicht, ob die dem derzeitigen Wirtschaftskreislauf entzogene Nachfrage für Güter und Dienstleistungen zu effektiver Nachfrage in der Zukunft wird. Alle beteiligten Spieler nehmen an, daß das Spiel so lange fort dauert, wie die Zentralbank die Kreditaufnahme nicht verteuert. Gleichzeitig nehmen alle Spieler an, daß das wichtigste Ziel darin besteht, mehr Geldvermögen als andere zu akkumulieren.<sup>28</sup> Bei vollkommener Information müssen alle Spieler annehmen, daß sie ihre Finanzanlagen maximieren müssen, um relative Anteile an zukünftigen Optionen für Kaufkraft zu verteidigen. Da keiner der Spieler die Inflationsrate kennt, die sich bei einer plötzlichen Transformation der Geldvermögen in effektive Nachfrage für Güter und Dienstleistungen ergeben würde, kennt kein Spieler die zukünftige Kaufkraft seiner Finanzanlagen. Alle Spieler werden deshalb diese zukünftige Kaufkraft auf der Grundlage der derzeitigen Inflationsrate abschätzen. Damit entsteht ein starker gesellschaftlicher Druck für Priorität von Geldwertstabilität. Die Arbeitslosen sind politisch marginal, während ein großer Teil der Arbeiterschaft selbst Ersparnisse tätigt.

6. Das Wachstum der Finanzmärkte ordnet die Geldpolitik dem Ziel der Bereicherung unter und stumpft dieses Instrument der Beschäftigungspolitik ab.

Sobald Sparer erhebliche Anteile ihres Vermögens auf Finanzmärkten investiert haben, kann die Geldpolitik eine ihrer wichtigsten Aufgaben, bei der sie bisher funktioniert hat, nämlich die Abkühlung der Konjunktur, nicht mehr erfüllen. Die Verbilligung von Investitionen durch eine expansive Geldpolitik war bisher schon wenig erfolgreich, weil Investitionen in der Industrie wenig auf den Zinssatz reagieren, sondern auf Absatzerwartungen. Sie wird aber völlig wirkungslos, wenn durch billiges Geld aus-

---

28 J. Nitzan, *Differential Accumulation: Toward a New Political Economy of Capital*, Toronto 1997.

gelöste Kurssteigerungen auf Finanzmärkten höhere Renditen signalisieren als bei realen Investitionen möglich sind. Das Ziel der expansiven Geldpolitik war, durch Anregung einer Vielzahl von Investitionen, für die die Unternehmen jeweils noch geringe Rentabilität sahen, die Gesamtnachfrage zu steigern und dadurch Akkumulationsrate und letztlich wiederum Profitrate zu erhöhen. Die expansive Geldpolitik setzt also bei niedrigen Profitraten ein. Reale Investitionen konkurrieren damit zwangsläufig mit Finanzanlagen selbst bei niedrigen Erwartungen über Kurssteigerungen.

Bei der Abbremsung einer sich überhitzenden Konjunktur war die Geldpolitik dagegen erfolgreich. Bei hohen Zinssätzen wurden Investitionsprojekte mit geringen Rentabilitätserwartungen zurückgestellt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Kurswachstums kommt durch kreditfinanzierte Finanzspekulationen zustande. Jede Verteuerung des Geldes durch die Zentralbank führt zu Verkäufen von Finanzanlagen. Die Kurse sinken. Die Anleger, darunter auch die vielen privaten Haushalte, sehen in Kursrückgängen eine Entwertung ihres Vermögens, das zuvor vielleicht teilweise durch Kurssteigerungen vergrößert worden war, aber doch in vielen Fällen aus einem Konsumverzicht resultierte. Die Vermögensbildung erfolgte zur Sicherung zukünftiger Konsummöglichkeiten. Jede Zentralbank wird vorsichtig sein, diese Vermögen über die Geldpolitik zu „zerstören“. Auch wenn die Kurssteigerungen an den Finanzmärkten durch keine reale Produktion gedeckt sind und das dort geschaffene Geld deshalb nur solange als Geld gilt, bis nur ein ausreichend großer Teil der Anleger es als Kaufkraft für real zu produzierende Produkte benutzt hat, glaubt ein wachsender Teil der Öffentlichkeit, daß es sich um reale Vermögen handelt. Bei Kurseinbrüchen wird deshalb oft behauptet, an der Börse seien Werte vernichtet worden.

Inflationstheies Wachstum wird damit erschwert, weil nunmehr die Beeinflussung des Lohnsatzes und des Beschäftigungsniveaus das einzige Instrument bleibt, um eine Überhitzung der Nachfrage zu verhindern. Eine hohe Sockelarbeitslosigkeit wegen zu geringer Nachfrage wird zur Garantie dafür, daß das Instrument der Verknappung von Geld gar nicht mehr angewandt werden muß.

Das Problem keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik in den westlichen Industrieländern der sechziger und siebziger Jahre bestand darin, daß bei Vollbeschäftigung auftretende Verhandlungspotentiale von Arbeit und bei Hochkonjunktur ausreichend sprudelnde Steuerquellen nicht dem möglichen Wachstumspfad entsprechend vorsichtig genutzt wurden. Die Geldpolitik war ein Instrument zur Disziplinierung von Staat, Wirtschaft und Arbeitnehmern. Kann auch die Geldpolitik nicht mehr zur Vermeidung von Überhitzung eingesetzt werden, bleibt nur noch die Möglichkeit, Staat und Tarifpartner in ihrer Verhandlungsfähigkeit zu beschränken. Hier sind die Arbeitnehmer besonders benachteiligt, weil ihre „Entmachtung“

nur über Arbeitslosigkeit erreicht werden kann, während Instrumente zur „Entmachtung“ der Unternehmen und geldhaltenden Haushalte solange wirkungslos sind, wie auf den Finanzmärkten positive Profitraten zu erzielen sind.

Die Anleger auf Finanzmärkten übernehmen die Instrumente des keynesianischen Staats und instrumentalisieren sie für ihre ausschließlichen Interessen: Geldpolitik ist erst möglich geworden und damit auch das Wachstum der Finanzmärkte, seitdem Geld nicht mehr an Golddeckung gebunden ist. Nicht zufällig wurde im 19. Jahrhundert vor allem durch Goldanlagen gespart. Der keynesianische Staatsinterventionismus schuf Geld unabhängig von Gold dadurch, daß er seinem Geld eine Wertgarantie gab, die von dem von ihm gehaltenen Gold unabhängig war (erstmal bei der Deutschen Rentenmark). Geld wurde durch Produktion gedeckt. Der keynesianische Staat ließ die Geldmenge in der Rezession expandieren, weil vom Anstieg der Produktion im Konjunkturaufschwung die Verfügbarkeit zusätzlicher Güter erwartet wurde, die der vorab erfolgten Schöpfung von Geld als Gegenwert gegenüberstehen konnten.

Dieses Instrument wird nun in einer Form übernommen, in der seine notwendige Ergänzung, nämlich die Vernichtung von fiktivem Geld durch kontraktive Maßnahmen in der Hochkonjunktur mit dem Argument politisch verboten wird, daß dadurch Vermögensbestände real vernichtet würden.

Bei der Ausweitung von Finanzmärkten wird die durch keynesianische Konjunkturpolitik geschaffene Möglichkeit der zeitweisen Schöpfung fiktiven Gelds durch die staatliche Wirtschaftspolitik zur Möglichkeit der Transformation von jedweden fiktivem Geld in reales Geld. Gleichzeitig bestimmen die Privaten über den Umfang der Geldschöpfung durch spekulatives Verhalten (Kreditexpansion). So hilfreich die Entkopplung der Geldversorgung von der Goldversorgung für die Sicherung höherer Beschäftigungsniveaus war, so war sie bis zum Wachstum der Finanzmärkte an die Zyklizität von Kontraktion und Expansion gebunden, von der sie jetzt um folgenden Preis befreit wird: Die „Kontraktion“ muß überflüssig werden, damit kontraktive Geldpolitik nicht Vermögen auf den Finanzmärkten zerstört. Dies kann nur noch durch hohe Arbeitslosigkeit erreicht werden.

## 7. Sparen der Haushalte schwächt Arbeit auch auf politischer Ebene durch Zerstörung der Solidarität von Arbeit.

Die Herausbildung von Arbeit als politischem Akteur hat zur Voraussetzung, daß über die Knappheit von Arbeit Arbeit mit unterschiedlicher Produktivitätsentwicklung knappheitsgerechte Einkommen erhält, die sich nur hinsichtlich des unterschiedlichen „Arbeitsleids“ (psychische und physische Belastung, Ausbildung etc.), nicht aber nach der Zufälligkeit des spe-

zifischen Produktivitätsfortschritts unterscheiden. Es gibt keine „An-sich-Produktivität“ zwischen verschiedenen Produktionszweigen. Produktivitätsniveaus bei unterschiedlichen Produkten lassen sich nicht vergleichen, sondern nur unterschiedliche Wachstumsraten der physischen Produktivität. Die Produktivität beim Haarschneiden ist in Indien und Deutschland gleich hoch trotz verschiedener Preise und damit unterschiedlicher in Geldgrößen gemessener Produktivität. Wegen der Nachfragebedingungen verdienen Schuhputzer in den Vereinigten Staaten immer noch ein Vielfaches in realen Einkommen im Vergleich zu Schuhputzern in Indien.<sup>29</sup>

Durch eine erhöhte Spartätigkeit aus Löhnen und Gehältern wird der Mechanismus des Ausgleichs nach Branchen unterschiedlicher Wachstumsraten der Produktivität über Anpassungen der relativen Preise blockiert.

Wir führen eine Branche  $i$  ein, in der das Produktivitätswachstum sehr hoch ist und die auf eine rasch wachsende Nachfrage stößt. Die Unternehmen dieser Branche sind bereit, Löhne zu bezahlen, die mit der branchenspezifischen Produktivität wachsen, um Arbeitskräfte anzuziehen. Dann gilt

$$(15) \quad l_i - y_i = 0$$

Unter diesen Bedingungen fallen die Preise für neue Produkte nur, wenn andere Kostenelemente als Arbeit verbilligt werden.

Es handelt sich um neue Produkte. Die Nachfrage steigt annahmegemäß trotz konstanter Preise. Das Wachstum der Branche  $i$  ist niedriger als bei fallenden Preisen ihrer Produkte.

Das physische Wachstum der Arbeitsproduktivität  $y_i$  der Branche  $i$  liegt über dem Rest der Wirtschaft.

Weil weiterhin Gleichung (4) gilt, wächst die Nachfrage aus den Löhnen der Branche  $i$  langsamer als  $l_i$ . Nur der Teil der in Branche  $i$  bezahlten Löhne, der für Güter und Dienstleistungen des Rests der Wirtschaft verwendet wird, kann zum Wachstum des Volkseinkommens außerhalb der Branche  $i$  führen (durch reales Wachstum und/oder durch höhere Preise).

$$(16) \quad l_i - y_i > \frac{l_i}{f_s} - y_i.$$

29 Der Befund, daß die Nachfrage nach unqualifizierter Arbeit nicht wegen ihrer Substitution durch höherqualifizierte sinkt, sondern am Beispiel Frankreichs wegen geringen Wachstums von Branchen mit niedrigen Qualifikationserfordernissen, lautet deshalb: Offenbar steigt die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit nicht ausreichend, um die Unternehmen zu Anstrengungen anzuhalten, entweder die Qualifikation der Arbeitskräfte zu erhöhen oder die Technologien an die niedrige Qualifikation anzupassen, vgl. D. Goux/E. Maurin, *Le déclin de la demande de travail nonqualifié. Une méthode d'analyse empirique et son application au cas de la France*, in: *Revue économique*, 48 (September 1997) 5, S. 1111.

Das Wachstum der innovativen Branche  $i$  wird durch die Stagnation im Rest der Wirtschaft eingeschränkt, weil Beschäftigte in der wachsenden Branche die Ausweitung von Kaufkraft im Rest der Wirtschaft behindern. Es gibt unter diesen Annahmen keine allgemeine Lohndrift.

Die mit der Produktivitätssteigerung mögliche, aber durch die unzureichende Ausweitung der Nachfrage nicht realisierte Preissenkung in der rasch wachsenden Branche  $i$  wird von niemandem in der Wirtschaft als monopolistische Ausbeutung wahrgenommen. So lange die physischen Produktivität in der Branche  $i$  schneller als ihre Löhne steigt, können die Preise sogar fallen, doch bleibt der Nachfrageeffekt auf den Rest der Wirtschaft niedrig wegen  $l_i/f_i < l_i$ .

Ich habe an anderer Stelle gezeigt<sup>30</sup>, daß die Konstituierung einer autonomen Zivilgesellschaft auf der „Umverteilung“ sektoral ungleichen physischen Produktivitätswachstums durch Anpassung der relativen Preise beruht. Durch diese Preisveränderungen folgen die Löhne bei Vollbeschäftigung der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung. Dadurch kann sich Arbeit als kollektiver Akteur und notwendiges Gegengewicht gegen Kapital konstituieren. Keynes' Vorschlag staatlicher Ausgaben in Wirtschaftskrisen zielte nicht auf Produktivitätssteigerungen, sondern nur auf Beschäftigungssteigerung, damit Arbeit durch Knappheit wieder handlungsfähig wird. Erst die Knappheit von Arbeit erzwingt den Prozeß der Anpassung der relativen Preise.<sup>31</sup>

Für die Zerstörung der Qualität von Arbeit als kollektiver Akteur reichen demnach zwei Bedingungen aus:

- Das Ausbildungssystem, das die Masse der Bevölkerung mit niedrigen Kosten nutzen kann, muß schlecht genug sein, um die Versorgung neuer Branchen mit hochqualifizierten Arbeitskräften zu beschränken.<sup>32</sup> Der Erwerb von Qualifikationen ist nicht mehr automatisches Ergebnis der

30 H. Elsenhans, *Autonomy of Civil Society, Empowerment of Labour, and the Transition to Capitalism*, in: R. B. Jain/R. Khator (Hrsg.), *Bureaucracy – Citizen Interface: Conflict and Consensus*, New Delhi 1998, S. 23-28; ders., *Economie sous-développée et société civile: surcharge du système politique et possibilités de pluralisme politique*, in: CERES (Hrsg.), *Actes du Colloque: pluralisme social, pluralisme politique et démocratie*, Tunis 1991, S. 23-52; ders., *Politökonomische Grundlagen der Autonomie von Zivilgesellschaft durch Konfliktfähigkeit ihrer Bürger (I)*, in: *Berichte. Forschungsinstitut der IWWWW*, 8 (Dezember 1998) 77, S. 3-11; ders., *Politökonomische Grundlagen der Autonomie von Zivilgesellschaft durch Konfliktfähigkeit ihrer Bürger*, in: H. Zinecker (Hrsg.), *Unvollendete Demokratisierung in Nichtmarktökonomien. Die Blackbox zwischen Staat und Wirtschaft in den Transitionsländern des Südens und Ostens*, Amsterdam 1999, S. 256-263.

31 H. Elsenhans, *The Relevance of the Principles of Keynesian Economics for the Transition to Capitalism in Today's Underdeveloped World*, in: P. Davidson/J. A. Kregel (Hrsg.), *Improving the Global Economy. Keynesianism and the Growth in Output and Employment*, Cheltenham 1997, S. 285.

32 J. Bound/G. Johnson, *Changes in the Structure of Wages in the 1980's: An Evaluation of Alternative Explanations*, in: *American Economic Review*, 82, 3 (Juli 1992), S. 371-392.

Ausbildungstätigkeit rasch wachsender Branchen und des öffentlichen Erziehungs- und Ausbildungssystems. Ausbildung wird nicht nur privatisiert sondern „verhaushaltet“, mit der Folge eines für die realen Wachstumsmöglichkeiten zu geringen Angebots angemessen ausgebildeter Arbeitskräfte.<sup>33</sup>

- Die Zahl der Personen, die bereit sind, für eigene Ausbildung zu bezahlen, muß groß genug sein, um die wachsenden neuen Branchen gerade noch zu versorgen. Da unter den hier gemachten Modellannahmen die wachsenden Branchen langsamer expandieren, als dies im Fall ausreichender effektiver Nachfrage für alle Güter und Dienstleistungen möglich wäre, kann die geringere Produktion von neuen Qualifikationen bei „Verhaushaltung“ der Ausbildung durchaus hinreichend sein.

Die Solidarität von Arbeit hat ihre Grundlage im Abbau vorübergehend knappheitsbedingt auftretender hoher Einkommen in durch hohe Innovation gekennzeichneten Branchen, die auch für Produkte weniger innovativer Branchen ausgegeben werden, so daß Arbeit insgesamt knapp wird. Da unter den Modellannahmen die Arbeiter der innovativen Branche ihre Einkommen nicht vollständig für Konsum verwenden, bleibt die Verknappung von Arbeit für die weniger innovativen Branchen aus. Zusätzliche Einkommen für den Rest der Wirtschaft als Folge staatlicher Arbeitsbeschaffung führen zur Kosteninflation so lange der Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten die Lohnsteigerungen in der innovativen Branche nicht auf das Niveau der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung in der gesamten Wirtschaft drückt. So lange die Arbeitsmärkte wegen unzureichender Ausbildungsleistungen unvollkommen sind, bricht die Solidarität und die Verhandlungsmacht von Arbeit zusammen.

Die wachsende Spartätigkeit kann deshalb den Niedergang der Arbeiterbewegungen in den westlichen Industrieländern erklären, die allgemein für alle Arbeiter Lohnsteigerungen und andere kostensteigernde Regulierungen der Arbeitsbedingungen durchsetzen.<sup>34</sup>

## 8. Ungleichheit, Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts und Bildung einer internen Dritten Welt

Tendenzen zur „Lohnspreizung“ und wachsende Einkünfte aus Finanzanlagen beeinflussen die Struktur der Konsumgüternachfrage. An wachsenden Einkommen aus Finanzanlagen haben eher wohlhabende Haushalte

33 Vgl. J. MacDermott, *History in the Present: Contemporary Debates about Capitalism*, in: *Science and Society*, 56 (Herbst 1992) 3, S. 308.

34 J. Pontusson, *Explaining the Decline of European Social Democracy. The Role of Structural Economic Change*, in: *World Politics*, 47 (Juli 1995) 4, S. 497. L. Delattre, *La représentation syndicale diminue partout dans le monde*, in: *Le Monde* (6. November 1997), S. 3; M. Olson, *The Devolution of the Nordic Teutonic Economies*, in: *American Economic Review*, 85 (Mai 1995) 2, S. 26.



teil. Dies verschärft ähnlich wie die Lohnspreizung die Ungleichheit der Einkommensverteilung. Da hochqualifizierte Arbeit relativ weniger von Arbeitslosigkeit bedroht ist und durch Barrieren beim Zugang zu Ausbildung von Konkurrenz seitens möglicher Aufsteiger abgeschirmt wird, weil Staat und Wirtschaft auch nicht mehr für die hochproduktiven Sektoren ausreichende Ausbildungsleistungen erbringen, ist davon auszugehen, daß die sparenden und qualifizierten Haushalte auch aus Zuwächsen ihrer Geldvermögen Konsumausgaben tätigen. Die Nachfrage nach Luxuskonsumgütern steigt relativ an. Je kleiner die Produktionsserien, desto geringer die Komponente des Größenwachstums für den technischen Fortschritt. Gleiches gilt für eine wachsende Nachfrage für persönliche Dienstleistungen, bei denen keine Produktivitätsfortschritte erzielt werden.

Die besserverdienenden mittleren Schichten werden bei Verbesserung der Terms-of-Trade zwischen der eigenen Arbeitszeit und den Kosten persönlicher Dienstleistungen einen Teil der unqualifizierten Arbeitskräfte bei sehr niedrigen Löhnen heranziehen.

Sobald Industrie und technologisch anspruchsvoller Dienstleistungssektor nicht mehr Arbeitskräfte ausreichend absorbieren, um Vollbeschäftigung bei steigenden Realeinkommen zu gewährleisten, entsteht ein sekundärer Arbeitsmarkt aufgrund der Verbesserung der Terms-of-Trade zwischen den Einkommen der besserverdienenden Haushalte im Verhältnis zu Dienstleistungen, bei denen dann über den Preisbildungsprozeß das Grenzprodukt von Arbeit sehr niedrig sein muß.<sup>35</sup> Die Reallöhne können dann nur noch für die qualifizierten Arbeitskräfte steigen.

Ein Teil von Arbeit wird von den Früchten des Produktivitätsfortschritts ausgeschlossen, und zwar nach dem gleichen Mechanismus, wie bislang im internationalen Rahmen auch produktivere Arbeit gegenüber weniger produktiver Arbeit teurer wurde: Zugangsbarrieren zu den Arbeitsmärkten für produktivere Arbeit behindern die Verknappung weniger produktiver Arbeit, und zwar deshalb, weil die Dynamik des produktiven Sektors nachfragebedingt zu gering ist, damit knappheitsbedingt Unternehmen und Staat in die Produktivität der zunächst nicht ausgebildeten Arbeitskräfte investieren.

---

35 Daraus folgt die Erwartung, niedrigere Löhne könnten die Beschäftigung erhöhen, so v. a. M. Miegel u.a., *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen: (1) Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen führenden Industrieländern (2)*, Bonn: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1996, S. 128-131. Gleichwohl stieg trotz höherer Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik die Produktivität vergleichbar mit den USA, vgl. U. Walwei/H. Werner, *Das amerikanische „Beschäftigungswunder“*. Lehren für Deutschland, aber das Dilemma bleibt. FES-Analyse, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 1998, S. 2-4. Einige vermuten, daß dies Folge der Nichtbeschäftigung weniger produktiver Arbeit war. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Nachfrage nach den Produkten des produktiven Sektors nicht ausreichend rasch stieg.

Wegen fehlender Dynamik im produktiven Sektor bildet sich auch innerhalb der fortgeschrittenen Industrieländer eine neue Dritte Welt, die von ökonomischer und politischer Teilhabe ausgeschlossen wird.<sup>36</sup>

Die in einem solchen System Privilegierten glauben, sie befänden sich noch in einer Marktwirtschaft: Die Einkommensvorsprünge der Besserverdienenden werden durch den Überfluß von Arbeit, die der produktive Sektor nicht braucht und nicht ausbildet, abgesichert. Die Verwertung und Vermehrung ihres Sparens wird durch die Politik des billigen Geldes politisch abgesichert. Die Profitrate auch auf bestehende Realanlagen bleibt dadurch hoch, daß niemand in Produktionsanlagen investiert, die nicht wenigstens die bei Finanzanlagen erwarteten Steigerungen der Einkünfte abwerfen. Einkünfte aus einem fiktiven Geld, das der keynesianische Interventionsstaat zur Sicherung von Vollbeschäftigung eingeführt hat, bestimmen die Mindesthöhe der Profitrate auf Realanlagen und blockieren reale Investitionen, so wie die Grundrente in vorkapitalistischen Gesellschaften die produktive Verwendung von finanziellen Ressourcen für industrielle Entwicklung blockiert hatte.

Mit ihrer steigenden Spartätigkeit können die privaten Haushalte nicht, wie Meade geglaubt hatte, die Kapitalisten ersetzen. Sie erreichen nur die Transformation der Privilegierten, Sparer und Eigentümer von Produktionsanlagen, in Rentiers.

## 9. Zur Neigung der Privilegierten, als Rentiers den Kapitalismus abzuschaffen

Die hier beschriebenen Tendenzen sind nicht Folge der Sättigung der Bedürfnisse der Haushalte in hochentwickelten Wirtschaften, sondern Folge einer unterschiedlichen Gewichtung von Bedürfnissen, die jetzt zu Produktion und Beschäftigung führen und Bedürfnissen, die diese Auswirkungen nicht haben, nämlich Bedürfnissen nach Absicherung von Zukunftsrisiken und Bedürfnissen nach Verminderung von Arbeitszeit.<sup>37</sup>

Die Sparneigung wächst nicht deshalb, weil die Haushalte keine aktuellen Konsumbedürfnisse tätigen möchten, sondern weil sie einen Teil dieser aktuellen Konsumbedürfnisse aus Präferenz für zukünftige Bedürfnisse zurückstellen.

---

36 Das Argument, Sozialleistungen behinderten die Beschäftigung wenig qualifizierter Arbeitskräfte bei Schuhputzen und Fahrkartenverkauf (*Spiegel*, 27. Juli 1998, S. 4) bedeutet, daß offenbar die Nachfrage im hochproduktiven Sektor nicht ausreicht, um die produktivere Beschäftigung potentiell für Schuhputzen einsetzbarer Arbeitskräfte zu erzwingen.

37 Ich teile Zinns These der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung, K. G. Zinn, Massenarbeitslosigkeit und Massenwohlstand. Das Janusgesicht unseres Kapitalismus zum Jahrhundertende und die Optionen der Beschäftigungspolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 14/15 (2. April 1999), S. 12.

Mit diesem Konsumverzicht können die Haushalte aber die zukünftige Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht effizient erreichen: Einzelne Haushalte können sehr wohl durch im Verhältnis zu anderen Haushalten höhere Ersparnisse ihren Anteil an der zukünftigen Kaufkraft steigern. Große Bevölkerungsgruppen können durch individuell realisierte Erhöhung ihres Sparens nicht die gemeinsame zukünftige Kaufkraft erhöhen: Dies läßt sich aus der Diskussion über die Altersvorsorge veranschaulichen, die alienthalben in den westlichen Industrieländern entfacht wurde. Wegen der Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung wird den derzeit Erwerbstätigen erklärt, daß sie in Zukunft weniger Geld erhalten werden, als die derzeit von ihnen Unterstützten. Sie erhalten den Rat, eine zusätzliche Altersversorgung durch privates Sparen aufzubauen, das sie im Alter für Konsum nutzen können. Die Gesamtheit der sparenden Haushalte, die zum Entsparen übergeht, kann nicht mehr Güter und Dienstleistungen nachfragen, als die Erwerbstätigen bereit sind, durch Kaufkraftumlenkung (Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, privates Sparen) einzuräumen. Würden Ersparnisse in Höhe von 149 Prozent des Volkseinkommens (dem Wert in der Bundesrepublik) innerhalb weniger Jahre zu kaufkräftiger Nachfrage, hätte dies Inflation und Defizite der Handelsbilanz zur Folge. Der fiktive Charakter des angesparten Geldes würde allen Beteiligten deutlich.

Inwieweit heutiges Sparen zukünftige Bedürfnisbefriedigung erlaubt, hängt letztlich vom Wachstum des Produktionspotentials ab.

Die in der Theorie des endogenen Wachstums als komplementär bezeichneten Faktoren des technischen Fortschritts sind letztlich Folge des steigenden Massenkonsums. Für jede Innovation gilt, daß ihre Kosten um so mehr abnehmen, desto größer die Produktionsserien. Je größer die Produktionsserien, desto geringer der relative Preis von innovativer Arbeit zu technischen Fortschritt nicht begünstigender repetitiver Arbeit. Je größer die Produktionsserien, desto wahrscheinlicher eine Orientierung der Eigentümer von finanziellen Ressourcen auf Nachfrage nach innovativer Arbeit, sofern sich die Eigentümer finanzieller Ressourcen an den relativen Preisen von Produktionsfaktoren ausrichten.

Nur wenn durch Sparen der technische Fortschritt begünstigt würde, würden die sparenden besser verdienenden Haushalte durch ihre wachsende Sparneigung die Grundlage für die Befriedigung ihrer zukünftigen Bedürfnisse sichern. Für einen Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Sparen gibt es keinen empirischen Beleg und keine makroökonomische oder mikroökonomische theoretische Formulierung.

Privates Sparen zur Zukunftssicherung scheitert an der Effizienz kapitalistischer Wachstumsprozesse: Wegen der im Kapitalismus nicht überproportional zum Volkseinkommen ansteigenden Finanzierungsbedürfnisse der Unternehmen ist der Umfang der heute produzierbaren Vermögensbe-

stände nicht groß genug, um die Bedürfnisse der Haushalte nach Sicherung zukünftiger Einkommensströme durch Steigerung ihres Vermögensbesitzes zu gewährleisten. Die Maschinen, mit denen die Konsumgüter der Zukunft produziert werden, können genausowenig heute produziert werden wie die zukünftigen Konsumgütern.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit privat organisierter kapitalistischer Produktion müssen die Zukunftsrisiken „sozialisiert“ werden, d. h. Garantien für die Zukunft gegeben werden, für die die Haushalte derzeit durchaus zu Leistungen herangezogen werden können, die jedoch nicht in einem das Vollbeschäftigungswachstum gefährdenden Konsumverzicht liegen sollten. Dies setzt eine wachsende Rolle des Staates voraus: Garantien für die Zukunft können im Eigentum und in staatlichen Garantien bestehen. Andere Garantien kann es nicht geben. Gezeigt wurde, daß der Versuch, durch Konsumverzicht Eigentums Garantien für die Zukunft zu erwerben, wegen der Struktur kapitalistischer Wachstumsprozesse scheitert. Es bleibt also nur die Möglichkeit der staatlichen Garantie. Dabei muß nicht notwendig die Staatsquote steigen, sondern vor allem das Vertrauen in die Verlässlichkeit der zukünftigen Leistungen.

Damit die Bürger ein solches Gefühl der Verlässlichkeit entwickeln, müssen sie die gesellschaftliche Realität aller formal privaten Wirtschaftstätigkeit erkennen. Eigentum ist im Kapitalismus privat, weil dies eine besonders effiziente Regelung des Dilemmas zwischen dem Prinzipal und dem Agenten ist: Der private Eigentümer verliert bei Ineffizienz anders als ein staatlicher Planer sein eigenes Geld. Der gesellschaftliche Charakter dieses Geldverlusts wird im Insolvenzrecht bei der Institution des Vergleichs noch abgebildet. Privatheit des Eigentums an Produktionsmitteln ist zum Zweck der Förderung technischen Fortschritts im Interesse der großen Zahl delegiert. Die bürgerliche Revolution, getragen auch von den besitzlosen Schichten, hat die staatliche Aneignung von Überschuß als Rente, die Monopole und Privilegien, bekämpft, weil sie vom Profit eine Verwendung im Interesse der Hebung des Wohlstands erwartete, wie dies Adam Smith ausführlich dargelegt hat.<sup>38</sup>

Wenn die Menschen den illusorischen, aber für Steuerung sinnvollen privaten Charakter des Eigentums von Produktionsmitteln erkennen, können sie auch erkennen, daß die Befriedigung ihrer zukünftigen Bedürfnisse nicht von Eigentum, sondern von der Respektierung des dem Kapitalismus impliziten Gesellschaftsvertrags auch in der Zukunft abhängt. Ein wichtiges Element dieses Gesellschaftsvertrags ist die Konkretisierung der wechselseitigen Anerkennung der grundlegenden Gleichheit aller Bürger in der Form des Anspruchs auf die Möglichkeit, frei am Markt Arbeitskontrakte zu schließen. Die Neoklassik behauptet, daß dies bei ausreichend niedrigen Reallöhnen möglich ist, der Keynesianismus widertegte diese Auffassung.

38 A. Smith, *The Wealth of Nations*. Vol. I, Oxford 1976, S. 276 ff., 351 ff.

Damit ist diese Freiheit, Arbeitskontrakte zu schließen, nur unter den makroökonomischen Rahmenbedingungen für Vollbeschäftigung zu garantieren. In kapitalistischen Wirtschaften hat der geringe Anstieg von Fixkapital im Verhältnis zum Volkseinkommen (im Unterschied zu realsozialistischen Gesellschaften<sup>39</sup>) zur Folge, daß eine Vollbeschäftigung sichernde Gesamtnachfrage steigende Arbeitseinkommen voraussetzt. Vollbeschäftigung ist eine Konkretisierung der wechselseitigen Anerkennung der Gleichheit aller Bürger, die faire Partizipation an der gesellschaftlichen Veranstaltung „privat organisierten kapitalistischen Wirtschaftens“ sichert. Der Wohlfahrtsstaat ist deshalb wie das Recht auf freie Arbeitskontrakte nichts anderes als ein wesentlicher Aspekt der Institutionalisierung dieser fairen Teilhabe.

Daraus ergibt sich eine einfache Schlußfolgerung. Arbeit muß darauf verzichten, sich durch wachsende Spartätigkeit für Sicherheit in der Zukunft heute selbst zu entmachten. Die Risiken der Zukunft müssen in der Zukunft bewältigt werden, und zwar auf der Grundlage der Produktivität der dann Erwerbstätigen. Um der wachsenden Spartätigkeit der Haushalte entgegenzuwirken und die effektive Nachfrage zu vergrößern, muß der Wohlfahrtsstaat verlässlicher gemacht werden. Nur der Staat kann die zukünftige Konsumtionskapazität der von Altersversorgung Lebenden gegen Inflation schützen, die sie durch die Verwandlung ihrer Ersparnisse in Nachfrage hervorrufen könnten. Nur der Staat kann die zukünftige Umverteilung aus den Einkommen der dann Erwerbstätigen zugunsten der von Altersversorgung Lebenden sichern.

#### Liste der Symbole

$B = f_B(\pi - z, k/\pi)$	Absorption privaten Sparens von Haushalten als Funktion der Differenz zwischen Profitrate und Zinssatz und der Fremdfinanzierung
$b$	Kapitalproduktivität $Y/K$
$C, c$	Konsum und seine Wachstumsrate
$FA$	Finanzanlagen
$I, i$	Investitionen und ihre Wachstumsrate
$K, k$	Kapitalstock (netto) und seine Wachstumsrate
$K_S, k_S$	Fremdfinanzierter Kapitalstock und seine Wachstumsrate
$K_M, \pi$	Unternehmensfinanzierter Kapitalstock und seine Wachstumsrate
$L, l$	Lohn- und Gehaltseinkommen und ihre Wachstumsrate
$P, p$	Profit und seine Wachstumsrate
$SH = f_S(L), sh$	Sparen der Haushalte als Funktion ihrer Realeinkommen
$Y, y$	Nettosozialprodukt und seine Wachstumsrate
$Z, z$	Zinsen und ihre Wachstumsrate

39 H. Elsenhans, Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus. Einige politökonomische Anmerkungen, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, 8 (1998) 1, S. 122-132.